

MECKLENBURGER AUFBRUCH

Unabhängige Zeitung in Mecklenburg und Vorpommern

Nr. 4 · 7. Februar 1990 · 40 Pf

Gedanken... Ängste... Zuversicht

Um es vorwegzunehmen: Ich gehöre noch jener Generation an, die zwei Jahre ihres Lebens dem letzten Krieg opfern mußte. Und ich bin in Sorge über die Zukunft meines Landes und damit, verständlicherweise, über die Zukunft meiner Kinder und Enkelkinder. Sehr wohl bin ich mir darüber im klaren, daß die letzten drei Kriege in Mitteleuropa von deutschem Boden ausgegangen waren, daß die Politik der dafür verantwortlichen deutschen Regierungen unendliches Leid über die Menschen Europas und der Welt mit Millionen Toten, Krüppeln, Vertriebenen und Verfolgten gebracht hatte. Das ist die Schuld der Deutschen – wobei sich die Frage aufdrängt, ob diese Schuld vererbbar ist. Wenn wir am 18. März zur Wahl gehen, dann werden es fünfundvierzig Jahre sein, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen sind. Viereinhalb Jahrzehnte Waffenstillstand, und noch immer kein Frieden?! Ich meine dennoch: Es sind Jahre des Friedens, es ist in deutscher Geschichte die längste Zeit überhaupt, in welcher die Waffen schwiegen. Zwar dauerte es nach 1945 nicht allzulange, daß auch bei uns, im Osten wie im Westen, wieder gerüstet und marschiert wurde. Mit Feindbildern. Es wurde auf allen Seiten gerüstet, überall in der Welt wurde „hochgerüstet“. Vielleicht liegt paradoxerweise gerade darin die Erkenntnis, daß Kriege in unseren Tagen nicht mehr zu führen sind. Und schon gar nicht mehr zu gewinnen! Kommt man da nicht zu der Schlußfolgerung, daß es längst an der Zeit ist, den immer noch anstehenden Friedensvertrag schnellstens zu formulieren und abzuschließen? Die überwiegende Mehrheit der Menschen in beiden deutschen Staaten ist nach 1945 geboren. Mit welchem Recht wird diesen Menschen eine „Erbschuld“ angelastet? Woraus sich eine weitere Frage ergibt, wie dann vielleicht bei anderen Staa-

ten eine Schuld aussähe. War die große Völkerwanderung der letzten fünf Jahrzehnte im Osten Europas in Wahrheit nur eine „Umsiedlung“, war sie nicht eine Ausweisung? Man braucht nicht weit über die Grenze zu unseren polnischen Nachbarn zu gehen, um festzustellen, daß viele dieser Menschen in der Zeit nach dem letzten großen Krieg aus ihrer angestammten Heimat jenseits der heutigen polnischen Ostgrenzen ausgewiesen wurden. Ich hüte mich sehr wohl vor dem Wort „Vertreibung“, weil damit viele falsche und ungerechte Gedanken erweckt wurden und erweckt werden könnten.

Selbstverständlich haben alle diese Menschen – Deutsche, Polen, Russen... – in fast einem halben Jahrhundert, mithin einem Menschenalter, eine neue Heimat gefunden. Die meisten von ihnen sind dort geboren und kennen die Heimat der Vorfäter nicht einmal. Und keiner würde zurückwollen in eine Vergangenheit, die allenfalls aus Überlieferungen zu errahnen ist.

Was liegt denn nun wirklich näher, als schnellstens, in jedem Falle noch in diesem Jahr, von den beiden deutschen Staaten aus einen Friedensvertrag anzubieten. In den heutigen Grenzen – nach Ost, West, Nord und Süd! Womit endlich auch die Truppen anderer Staaten sowohl aus der DDR als auch aus der BRD abziehen könnten, müßten. Und ich bin überzeugt davon, daß der Sowjetunion dieser Schritt nicht schwerfallen dürfte, während ich mir bei den Streitkräften der USA da nicht so sicher bin. Politiker und Wirtschaftswissenschaftler würden den rein materiellen Gewinn für alle daran beteiligten Staaten – vor allem für ihre Völker! – sehr leicht errechnen können. Wenn im Zusammenhang mit einer solchen Maßnahme die beiden deutschen Staaten ohne Paktbindung sowohl nach West als auch nach



Ost ihre ureigensten Angelegenheiten selbst bestimmen würden – welcher ein Gewinn für uns alle! Nicht nur für die Deutschen! Das wäre eine Umkehrung der geschichtlichen Voraussetzungen im Europa dieses Jahrhunderts: die deutschen Staaten als Friedenspol!

PETER RICHTER, Parchim

Pommern...

Mitte Januar, am Rande einer Jugendkonferenz in Wien, fragte mich ein gleichaltriger, etwa 25-jähriger Engländer: „Was wird mit Pommern?“ Ich hatte mich als Stralsunder vorgestellt, und er sprach von Pommern. Bald stellten sich zwei junge Polen zu uns und fragten nach meiner Haltung zur Oder-Neiße-Grenze. Ich erzählte, daß mein Großvater Bauer war, in einer kleinen Stadt an der Ostsee, im hintersten Hinterpommern; daß meine Vorfahren ihren Hof 1947 verlassen mußten, als Folge deutscher Schuld. In diesem Jahr verschwand das Wort „Pommern“ aus der offiziellen Sprache in der sowjetischen Besatzungszone. Pommern wurde politisch geteilt.

„Aber meinem Großvater“, erzählte ich weiter, „fiel es leichter, in Stralsund Fuß zu fassen, als in der Nähe von Chemnitz, wohin es die Familie zuerst verschlagen hatte. Stralsund, das war ja Vorpommern, das war ja auch Heimat. (In seinem „Lesebuch für Pommern“ von 1909 hat mein Großvater über „Wallenstein vor Stralsund“ gelesen. Und einen

Text „Aus der Jugendzeit Ernst-Moritz Arnolds“. Die Halbinsel „Jasmund“ war als „der schönste Teil Rügens“ beschrieben.) „Pommern, das ist eine Geschichte, eine Kultur und eine Landschaft. Mein Pommernsymbol, das sind die Birken an den Straßen, im hinterpommerschen Leba genauso wie vor Lüssan, einer Kleinstadt am Peenestrom.

Pommern wird eine gemeinsame Zukunft haben, wenn die politische und wirtschaftliche Teilung dieses Landes genauso überwunden wird, wie die politische und wirtschaftliche Teilung Europas. Beides ist nicht zu trennen.“

Jurek aus Polen fragte mich, wie ich mir das vorstelle, und ich antwortete ihm, daß wir als Vorpommern heute dabei sind, unsere Geschichte/Kultur/Landschaft wiederzufinden und unsere Zukunft selbst zu bestimmen. Vorpommern sei 1952 von einer Partei zerteilt worden, um es besser beherrschbar zu machen. Diese Zeiten sind nun vorbei. Pommern wird dann weiter zu zwei Staaten gehören, zu einem deutschen und zu einem polnischen. „Und die

Grenze wird so verlaufen, wie die Polen es wünschen. Sie ist Ergebnis der Schuld unserer Väter. Aber eines wünsche ich mir: Daß wir zusammenwachsen, daß das Reisen leichter wird und ich bald ohne Einladung und umständlichen Antrag nach Leba oder Swinemünde fahren kann. Junge Polen und Deutsche müssen sich begegnen können. Gegen eines werde ich mich wehren: Schuld unserer Väter dürfen wir Kinder und Enkel nicht wiederholen. Wer jetzt einen deutschen Staat in den Grenzen von 1937 fordert, fordert neue Vertreibung von Menschen oder erstrebt eine starke polnische Minderheit in einem deutschen Staat; mit allen Problemen, die das heute bringen würde.“

An jenem Januartag sprach Rainer Eppelmann auf dem Schiff „Mozart“ davon, daß die Deutschen den beiden Blöcken als Brücke dienen könnten. Könnten die polnischen und deutschen Pommern nicht auch eine Brücke schlagen? Eine Brücke zwischen Polen und Deutschen?

CHRISTIAN JAX



Bilder, die Bände sprechen: Bauerndemonstration 20. 1. 1990, Karl-Marx-Platz, Neubrandenburg.

Wir denken an

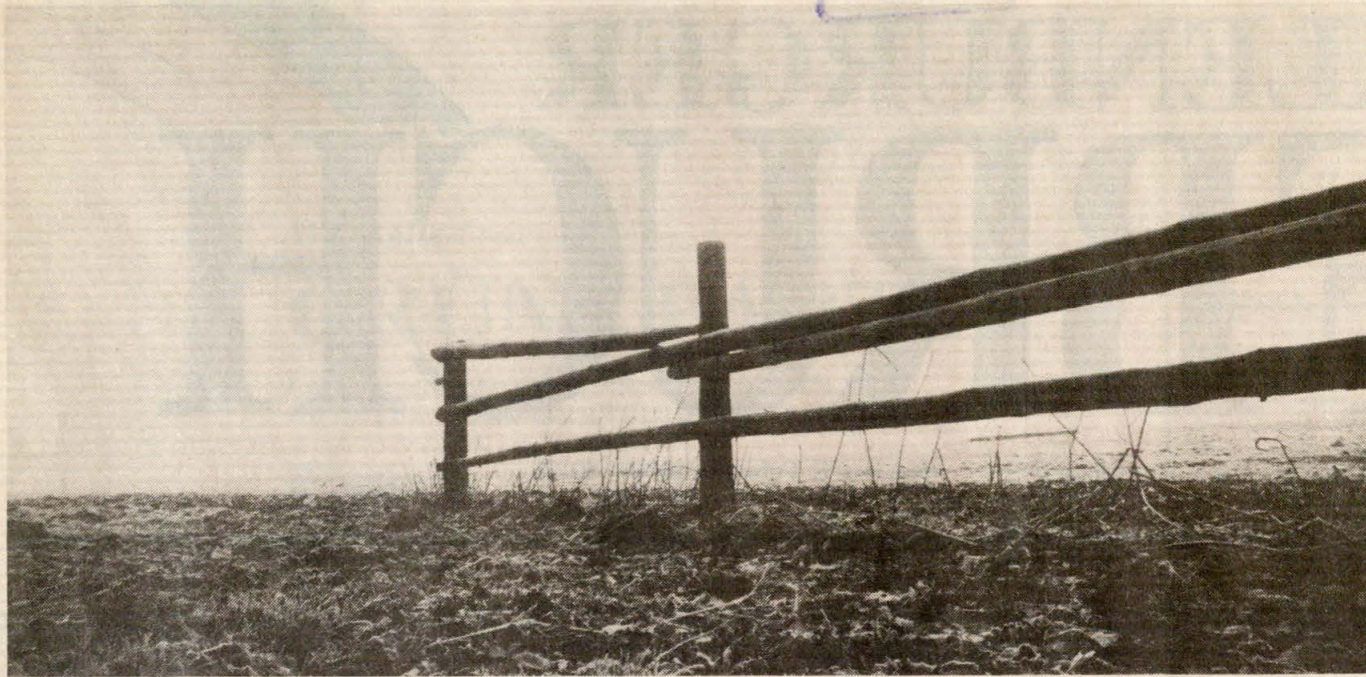
Wilhelm Grotkopp aus Kirch Jesar. Er besaß eine kleine Betonsteinfabrik und war in seinem Dorf angesehen als ein verlässlicher, ehrbarer, hilfsbereiter Mensch. 1951 kam er zum Glauben, er wurde Zeuge Jehovas. Ein Jahr später wurde er verhaftet. Bei der Hausdurchsuchung wurde im Sofa ein amerikanischer Armeedolch gefunden, den Grotkopp nie zuvor gesehen hatte. Hinter verschlossenen Türen fand sein Prozeß statt. Er wurde zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, davon saß er vier Jahre ab. Kurz nach der Entlassung starb er, 52-jährig, an den Haftfolgen. Haus und Betrieb wurden ohne Gerichtsurteil enteignet, seine Witwe Anna bewohnt heute noch das Haus und bezahlt Miete. Die Fabrik hat nie wieder produziert, ist verkommen, verfallen. Ha.

Keine Gnade für den kranken Honecker?

Nun ist es Tatsache. Erich Honecker aus der Haft entlassen und bei kirchlichen Mitarbeitern der Lobetaler Anstalten aufgenommen. Sicher in Absprache mit kirchlichen Stellen gewähren sie ihm das Mindestmaß an menschlichem Umgang, wozu seine Partei und leider auch immer noch unser Staat nicht in der Lage sind.

Honecker hat uns böse mitgespielt, durch die von ihm verantwortete Politik sind viele von uns um die Jahre ihres Lebens gebracht wor-

den. Die Empörung ist verständlich, eigentlich muß uns Genugtuung geschehen – dazu hätten wir das Recht –, Wiedergutmachung! Aber auch das sollen wir bedenken, gerade auch Christen, denen es schwerfällt, ihre Kirche jetzt zu verstehen: Barmherzigkeit muß der Gerechtigkeit zu Hilfe eilen, um nicht wieder zur Ungerechtigkeit und Würdelosigkeit herabzusinken. Darum erfüllt Kirche hier ihren Auftrag, der da lautet: „Seid barmherzig, wie auch euer Vater barmherzig ist“ (Lukasevangelium 6, 36).



Träumen will ich, und hoffen

„Aber ein Traum ist zur Freude zu wenig“ – so Astrid Kloock aus Wendisch Rambow im „Mecklenburger Aufbruch“ Nr. 2. Das mag so sein, doch ein „bißchen Traum“ in unserer „Wende-Welt“ bitte ja, mit dem festen Willen, ihn wahr werden zu lassen. Oder nennen wir ihn Vision. Wer die Zeit der Trennung als Alpdruck geradezu traumatisch erlebt hat, der braucht Visionen für die Zukunft. Und es gibt – entgegen manch anderer Realität – durchaus Wessis, denen es so ging. Und jetzt fahren sie in das andere Land und erleben, und träumen... und hoffen.

Ein anderes Land ist es geworden, dieses Deutschland jenseits einer Grenze, deren Wahnsinn auch in Dassow augenfällig wird, wo Menschen nicht mal mehr auf ihre Küste blicken dürfen... Wie aber ist dieses andere Land? Ich wage, von einer Wiederholung der ständigen Kritik abzusehen, das weiß man ja nun! Aber ich sehe, wie liebenswert Ihr Land auch ist, wie viel trotz allem dort (oft ungewollt) erhalten blieb, was uns fehlt. Ich träume dann, der Westen möge nicht über dieses Land geradezu hereinbrechen und die häufig graue Verfalleneit einfach nur durch artfremde Modernität ersetzen. Ich träume, daß es einen besseren Weg gibt, ich habe die

Vision, daß ich die Dörfer und Städte auch nach Jahren der Marktwirtschaft bitte noch wiedererkenne. Aber, ob das wohl geht?

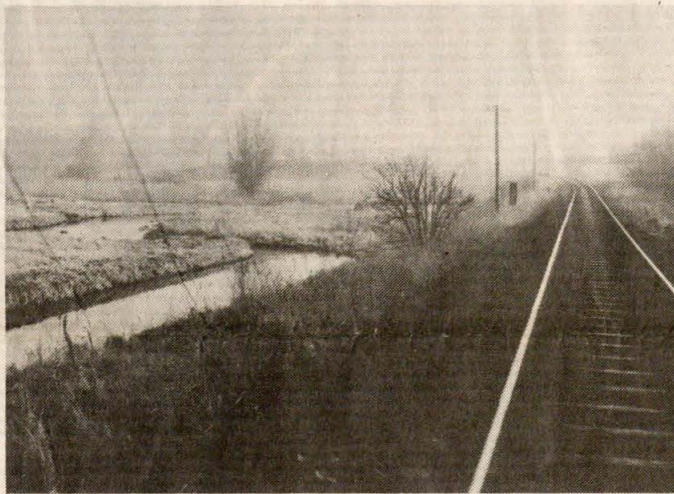
Mein wichtigster Traum jedoch ist, daß wir einander ertragen mögen. Hieran ist hart zu arbeiten, jeder mit jedem. Von allein geht dies nicht. Viele, auch in Schwere, werden sich erinnern, wie Westbürger schon früher aufzutreten vermochten, mit all der materiellen Überlegenheit. Ich glaube, dies alles wird sich mildern, wenn man einander häufiger sieht, besser kennt. Welchem Glaubenssatz man nun anhängen mag, ein Produkt unserer Umwelt sind wir doch allemal. Lassen wir uns dies gegenseitig ein wenig zur Entschuldigung dienen. Und wenn wir miteinander noch so einfühlsam umgehen, irgend etwas werden wir mit Sicherheit noch lange falsch machen. Ich träume daher, daß sich die Wessis immer wieder zurücknehmen und daß Sie „drüben“ sich durch nichts, aber auch gar nichts, den Stolz nehmen lassen, den Sie durch tapferes Ausharren oder Kampf für die Wende oder noch viel mehr erworben haben. Und ertragen wir auch diejenigen, die keine Helden waren. Wie viele Helden gibt es in der Welt?

Wir erleben bei unseren Fahrten zu Ihnen nun auch die sich häufenden Geldumtauschgebote, ja, fast schon ein wenig Bettelei, besonders von Kindern. Wir sollten auch das ertragen, denn die Verhältnisse sind noch weit vom Normalen entfernt. Indes, wir werden es nicht fördern, weil wir wissen, daß die Weiterdenkenden dies nicht wollen. Wie sehr träumen wir gerade deshalb von schnellem Aufschwung. Wir weisen uns, aus diesem Traum böse

zu erwachen, obgleich die Vernunft die Schwierigkeiten zeigt.

Mögen wir also einander ertragen, ganz gleich, ob wir Mäntel mit Außenschals haben, vom „sicheren Hort“ her merkwürdige Fragen stellen, oder ob andererseits einige Menschen den Wessis etwas devot entgegengetreten, weil diese angeblich „alles“ haben! Alles? Wirklich alles? Das wäre denn aber ein ganz unrealistischer Traum!

MANFRED WENIGER, Hamburg



Wir lehnen die Deponie Schönberg nach wie vor ab

Von Ulrich Meyenborg, Lübeck

Es ist sehr gut, daß das Thema Schönberg auf der politischen Tagesordnung bleibt und damit auch die ökologische Gefährlichkeit und die ökonomische Dummheit des Abfallweges Schönberg.

Umweltminister Heydemann hat bei seinem Besuch der Deponie Schönberg feststellen müssen, daß die DDR zur Zeit jedenfalls überhaupt nicht daran denkt, den Deponiebetrieb einzuschränken oder gar die Deponie zu schließen, vielmehr ist sie dabei, den Betrieb erheblich auszuweiten. Wir können die DDR als autonomen Staat nicht daran hindern oder sie zwingen, die Deponie zu schließen.

Daher ist es nur vernünftig und entspricht politischem Verstand, wenn man Vorschläge zur Erhöhung der Sicherheitsstandards macht, um die Gefahr eines Auslaufens, eines Durchbruchs, um damit ökologisch gefährliche Auswirkungen auf das Lübecker Grundwasser herabzusetzen. We-

gen der verbleibenden Unsicherheiten und der nicht ausschließbaren Risiken für das Oberflächenwasser und Grundwasser der Hansestadt Lübeck bekräftigt die Landesregierung ihre ablehnende Haltung zur Deponie. Sie wird außerdem gegenüber den anderen Bundesländern darauf drängen, auch ihre Transportgenehmigungen zu widerrufen. Für diese klare Haltung dankt die SPD-Landtagsfraktion dem Umweltminister ausdrücklich und begründet ihre eigene ablehnende Haltung wie folgt:

1. Die bisherige Ablagerung ist als Mischdeponie angelegt. Hausmüll und Sondermüll gemischt. Das Umweltbundesamt und z. B. auch der Gutachter vor dem Sonderausschuß lehnten eine solche Deponie (Typ Georgswerder) ab. Sie entspricht nicht dem Stand der Technik, nicht den anerkannten Regeln der Deponietechnik. Sie wäre bei uns auf keinen Fall genehmigungsfähig.

2. Die Deponie besitzt keine Gasfassung, und dies bei ihrer Größe und der Schichtortenbeschickung mit Sondermüll.

3. Die Deponie hat keine mehrfache Basisdichtung, und über die einzige Basisdichtung, den geologischen Untergrund, liegen ausreichende Beurteilungsdaten nicht vor.

4. Die Sickerwassererfassung ist völlig unzureichend, nicht mehrfach gesichert ausgelegt. Ihre Funktion war bei unserem Besuch jedenfalls nicht vorzeigbar. Eine Inaugenscheinnahme wurde abgelehnt.

5. Eine Sickerwasserreinigung findet nach wie vor nicht statt. Die Behandlung durch Verdunstung ist absolut unzureichend, davon konnten wir uns selbst überzeugen.

6. Eine Endabdeckung mit Oberflächenrainage ist nach wie vor nicht vorhanden.

7. Die Sondergräben für hochproblematischen Sonderabfall sind überhaupt nicht drainiert.

8. Eine Überdachung zum Schutz vor Oberflächenwasser ist nicht einmal beim Einbau vorhanden.

9. Die geologische Situation und hydrogeologischen Verhältnisse sind nach wie vor nicht nachvollziehbar, und da es sich um die einzige Sicherheitsbarriere handelt, wäre dies elementar. Geologische Spekulationen und Theorien der Vergangenheit sind zusammengebrochen. So wird die Grundwasserfließrichtung Westen inzwischen nicht mehr bestritten.

Raus aus Schönberg – heißt die Probleme im eigenen Land lösen zu müssen, und dies unter schwierigsten Vorgaben aus Bonn, wo der wichtigste Hebel, die Abfallvermeidung, nach wie vor nicht gezogen wird.

Immer der Nase nach

Reiseimpressionen

Lübeck-Schlutup, Grenzübergangsstelle zur DDR – und nach Schönberg, zum größten Giftmüllplatz Europas. Noch bevor alle Reisepässe mit Stempeln versehen sind, haben bereits drei Mülltransporter die Grenze passiert. Routine im deutschen Müllgeschäft.

Der Weg zur Deponie ist genau ausgeschildert. Eigentlich ist das überflüssig, denn bei günstigem Wind braucht man nur der Nase zu folgen. Am Fuß des über 60 Meter hohen Müllplateaus wird der üble Geruch zum penetranten Gestank. Während Lastwagen entladen werden, weht der Wind leichtere Bestandteile des Mülls davon – einiges bleibt im Zaun, der die Deponie absperrt, hängen. Anderes nicht. Schönberg wurde zum billigen Endlager für den Abfall der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft. Einnahmen für die DDR-Devisenkasse: an die 60 Millionen DM.

Doch die Tage der Mülldeponie sind gezählt. Bürgerinitiativen von hüben und drüben fordern das Ende des Mülltourismus.

Jetzt ist vor allem Hamburg aufgefordert, seine Mülltransporte einzustellen.

Grenzüberschreitende Selbstbestimmung kann sich nun in der grenzüberschreitenden Kooperation von Bürgerinitiativen und Politik schnell bewähren. „Schönberg“ darf keine Zukunft haben.

DR. UWE DANKER

Abstempeln, ausgrenzen

Unterwegs. Ein Mann mit Wattejacke, Filzstiefeln, es ist kalt, es weht ein starker Wind.

Ich sehe ihn vor mir auf der Straße, halte an. Er arbeitet in einem Stall mit 2000 Kühen – ist er ein Bauer? Er weiß es nicht mehr so genau. Was ist das, ein Bauer?

Er ist ungefähr 50 Jahre alt, vielleicht. Jedenfalls hat er eigene Zähne im Mund, aber so wenige – ich kann ihn kaum verstehen. „Wo soll ich halten?“

Da hat er auf den Blechkasten gezeigt an der Straßenkreuzung, den wir ohne Bedenken Buswartehalle nennen. Der war mal grau angestrichen, früher, und jetzt hatte einer NAZIS RAUS draufgepinselt.

„Habt ihr denn Nazis in Z.“ Kopf schütteln. „Oder sind da welche drin in der Wartekiste?“ „Sind keine drin“, hat er geziselt, „fahren auch nicht oft, die Busse hier.“

„Sind denn noch Kommunisten in eurem Dorf?“ Achselzucken. „Dann müßt ihr doch eigentlich KOMMUNISTEN RAUS auf die Hütte schreiben.“ Dann schlage ich die Tür zu, fahre weiter. „Das habe ich fein ausgedrückt“, geht mir durch den Sinn, aber schon in der nächsten Kurve ist dieser Gedanke steckengeblieben.

Gespräche fallen mir ein, damals mit den Eltern. Der Krieg. Da meinte ich noch, mich für ihr Leben im Dritten Reich schämen zu müssen, nicht merkend, daß ihre Schuld auch meine war. Viel später erst wird klar, ein Mensch verfügt nur über einen begrenzten Vorrat an Scham, man tut gut daran, den Vorrat an Scham für das eigene Versagen zu verwenden.

den und ihn nicht für die Untaten anderer zu vergeuden.

Damals also habe ich auch nach den Juden gefragt. Die Antwort war so gewöhnlich, daß sich das Aufschreiben kaum lohnt. Sie haben es nämlich schrecklich gefunden, das mit Auschwitz und mit dem Vergasen und so.

Und es wäre viel besser gewesen, als ich erkannte, was das mit dem Faschismus wirklich auf sich hatte. Daß da die dumme und schreckliche Überzeugung hinter steht, man könne Probleme auf Dauer mit Gewalt lösen.

Das ist noch viel später gewesen, als ich erkannte, was das mit dem Faschismus wirklich auf sich hatte. Daß da die dumme und schreckliche Überzeugung hinter steht, man könne Probleme auf Dauer mit Gewalt lösen.

Ich möchte die Wirklichkeit sehen, wie die Wirklichkeit ist. Es gibt schon Augenblicke, wo man nicht umhin kann, Gewalt anzuwenden.

Aber daß man Probleme auf Dauer lösen kann, ist ein schlimmer Irrtum. Als wenn Gewalt Ideen und Arbeit ersetzen könnte oder durch Totschlag schon irgend was auf dieser Welt gebessert worden wäre!

Ich bin nicht umgekehrt. Weiß auch nicht, ob ich den Bauern gefunden hätte. Habe ihm nicht sagen können, daß die eine RAUS-Parole so wenig taugt wie die andere.

Ich bin weitergefahren und habe mich geschämt.

HORST HAKER



Es stinkt zum Himmel

Über den Müllbergen kreisen Möwen, Krähen. Es regnet. Ich parke mein Auto neben einem sehr großen Mercedes aus Köln. Anmeldung. Ich stehe im Regen. Lkw nach Lkw fährt in die Mondlandschaft.

Schließlich bin ich in einem behaglichen Büro, ein freundlicher Gesprächspartner – Heydo Stormer, stellvertretender Deponieleiter.

Nach der Perspektive der Deponie befragt: Solange es Müll gibt, muß entsorgt werden. Anlieferländer sind unter anderem die BRD, die Niederlande, Österreich und Italien. In diesem Jahr wird der Anteil von Problem Müll aus der DDR (Mecklenburg) 20 Prozent ausmachen, bislang lag dieser Anteil niedriger. Die Deponie wird expandieren, sie soll 160 Hektar groß werden.

Im Jahre 1979 wurde die Deponie eröffnet. Damals kamen täglich etwa 10 Mülltransporter, heute sind es 250! Die politische Verantwortung hat der Rat des Bezirks Rostock. Die Außenhandelskontakte werden von der IN-

TRAC, Berlin, unterhalten, darum konnte mir keine Auskunft über die Preise für den kostbaren Müll erteilt werden.

Als ich wieder auf dem Parkplatz war, hatten sich weitere Pkw aus westlichen Chefetagen eingefunden.

Die Stadt Schönberg hat die Nase voll. So könnte man den stellvertretenden Bürgermeister Werner Engel interpretieren.

Die Deponie ist und bleibt ein reines Devisenunternehmen. Schönberg kann zwar den Hausmüll entsorgen lassen, aber Sperrmüll wird von der Deponie nicht angenommen.

Eine Schließung wäre wünschenswert, aber nicht aussichtsreich.

Die Bürger von Schönberg dürfen wohl weiter den Gestank, der durch die vorherrschende Nordwest-Windrichtung herüberweht, aushalten. Es besteht große Sorge, denn die Deponie brennt häufig, daß die gesundheitlichen Schäden noch unabsehbar sind.



Umweltschützer aus Ost und West am 27. Januar vor der Müllkippe Europas.

Was wollen wir?

Vergangenheit und Zukunft der Bildung

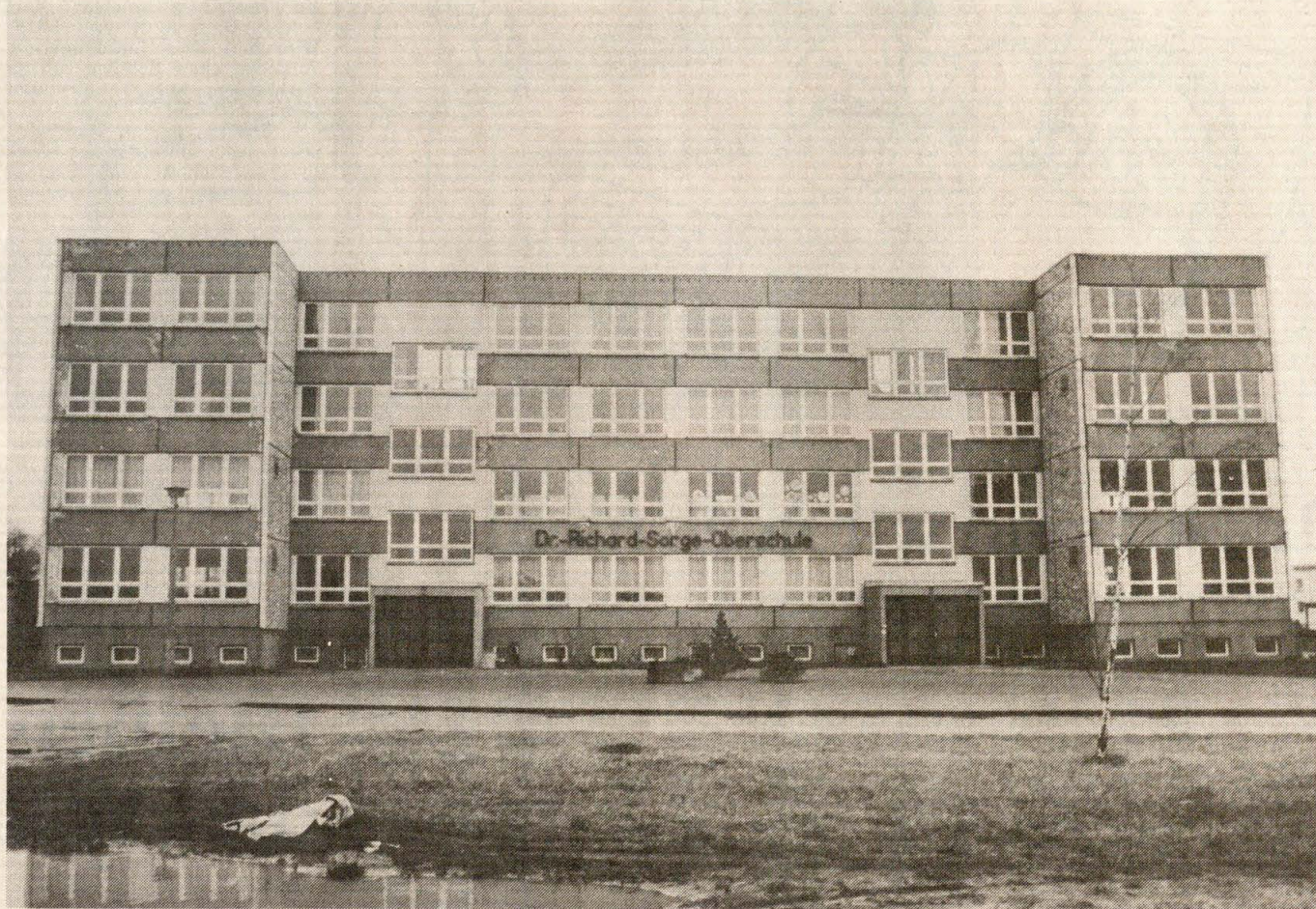
Fortsetzung von Ausgabe Nr. 3

Anderes ist zunächst wichtiger:

1. Die Schule hat eine bestimmte Funktion im Zusammenhang mit den anderen an der Erziehung und Bildung in der Gesellschaft Beteiligten. Ihr Schwerpunkt liegt dort, wo es darum geht, den Kindern und Jugendlichen zu ermitteln und zu erschließen, was sie wissen und können müssen, um sich in unserer Gesellschaft und ihren gegenwärtigen und künftigen Aufgaben zurechtzufinden. Sie sollten erleben, wie Verantwortung wahrgenommen wird und sich einüben können in eigenem verantwortliches Handeln.

2. Zweifellos liegt der Schwerpunkt in der Schule bei der Bildung. Da Lehren und Lernen aber ein Vorgang ist zwischen Menschen und in der Schule Erwachsene und Heranwachsende miteinander umgehen, nimmt die Schule auch eine erzieherische Aufgabe wahr. In ihr sind überzeugende Persönlichkeiten wichtig, also Vorbilder, Erwachsene, zu denen die Kinder und Jugendlichen Vertrauen gewinnen, und Erwachsene, die zu Kindern und Jugendlichen Vertrauen haben. Es werden immer wieder auch Lebensfragen, ethische und moralische Probleme auftauchen. Sie können nicht abgehandelt werden wie naturwissenschaftliche Fächer. Die Lehrer können sich aus den Erörterungen nicht heraushalten. Auch ihre Erfahrungen, ihre Verlegenheiten und von ihnen gefundene Lösungen sind Teil des gemeinsamen Fragens und Suchens, bei denen sich die Positionen schnell verändern können: Lehrer und Schüler werden zu miteinander Suchenden und Fragenden.

3. Die Schule muß weltanschauungsneutral sein. Die ideologische Lastigkeit in der Vergangenheit mit ihren bekannten Ausprägungen gehört unter keinen Umständen zu dem Bewährten. Wie Regierung und Partei auseinandergehalten werden müssen, wer-



„Schöne“ neue Schulen vom Fichtelberg bis Kap Arkona.

den in den künftigen Schulen Junge Pioniere und Freie Deutsche Jugend, SED, Jugendweihe und auch keine neuen Parteien, Organisationen und mit ihnen zusammenhängende Aktivitäten einen Ort haben. Damit werden auch keine Räume frei, z. B. für den Religionsunterricht. Unsere Erfahrungen mit der Christenlehre in der Verantwortung der Kirchengemeinde haben uns gezeigt,

daß die Schule als Lernort für Glauben ungeeignet ist. Aber die Schüler haben ein Recht darauf, sich im europäischen Kulturkreis zurechtzufinden und die Wurzeln unseres heutigen Denkens und Handelns kennenzulernen. Das führt zu der Überlegung eines Faches oder Kurses, in dem über Weltanschauungen und Religionen, auch über die Kirche und ihre Kultur und Bildung prägende

Kraft ebenso wie über ihr heutiges Erscheinungsbild, ihr Selbstverständnis und ihr konkretes Wirken informiert wird.

4. Die Kinder und Jugendlichen haben nicht nur einen Verstand, sondern auch Gefühle und einen Körper. Dem Schüler als einem „ganzen“ Menschen muß entsprechen, wie Schule ist und geschieht. Schule ist ein gewisser Lebensausschnitt mit einem be-

stimmten Schwerpunkt, nämlich der Bildung. Aber damit verbindet sich nicht eine Lehrer-Schüler-Struktur, sondern ein „menschliches“ Miteinander von Menschen. „Lernen“ ist ein umfassender Prozeß. Er kennt nicht Objekte und Subjekte, sondern nur Subjekte. Auch der Schüler ist ein Subjekt: in seiner Art, seinem Charakter, seinen Fähigkeiten, seinen Ideen, seinen Bereit-

schaften, seiner Kreativität. Schule könnte ein Haus sein, in dem gelebt wird, und zwar unter einer bestimmten Aufgabe. Diese ist eine andere als die der Familie, die auch in einem Haus, in einer Wohnung lebt. Schule könnte ein Beispiel für die Gesellschaft sein. So verschieden Lehrer und Schüler sind, so verschieden sind die Menschen in einer Gesellschaft. Und wie sie miteinander umgehen, was sie voneinander erwarten können, wie sie sich aufeinander einlassen, was einer dem anderen „voraushat“, wo der einzelne dran ist und wo Gemeinsames zu leisten ist, das kann dort erfahren, erlebt und eingeübt werden.

5. Die „flexible Einheitsschule“ als Grundmodell, an dem sich noch die zentralen Überlegungen zur Bildungsreform orientieren, wird einer solchen Gestalt von Schule nicht gerecht werden. Es gibt bewährte andere Modelle und Typen von Schulen, die nun nicht mit den offenen Grenzen unkritisch importiert werden müssen. Sondern wenn wir wissen, welche Schule wir uns wünschen, werden wir auch fragen, was sich anderswo bewährt hat und was davon für unser eigenes Vorhaben belangvoll ist. Dazu gehören für mich die sogenannten „Freien Schulen“, das sind die Waldorfschulen, auch Schulen in kirchlicher Trägerschaft, Landerziehungsheime.

6. Für die Eltern und Familien nimmt die konkrete Erziehungsverantwortung zu. Sie kann nicht nur mit einem neuen Elternrecht geregelt werden. Hinzu gehört die Aufgabe, Eltern für ihre Elternschaft fähiger zu machen. Und auch dieses hat Weiterungen: In den Wohnbereichen sind für die Freizeitgestaltung viele Angebote erforderlich, von denen bis heute das Vorhandene auch nicht annähernd ausreicht.

7. So denken die Erwachsenen. Und wie denken Kinder und Jugendliche über ihre Schule?

DR. ECKARD, Schwerin

Unsere Meinung

Kinderkrippe

Wortmeldung zum Beitrag von Bärbel Röhl in unserer ersten Ausgabe

„Zerstören Kinderkrippen das Urvertrauen?“

Allen vorangesetzt wollen wir hoffen, daß wir keine Indianermütter aus dem brasilianischen Urwald, sondern Mütter und Krippenerzieherinnen aus Neubrandenburg sind. Trotzdem gibt es zu den von Bärbel Röhl aufgeführten Künsten der Indianer gegenwartsbezogene Parallelen, die man auch bei uns Europäern finden kann. Darauf wollen wir hier aber nicht eingehen, denn das wird von den einzelnen Familien sehr, sehr unterschiedlich gehandhabt.

Daß Kinderkrippen aus wirtschaftlicher Notwendigkeit heraus entstanden sind, ist nicht unbekannt. Wir als Krippenerzieher bemühen uns täglich, den uns anvertrauten Kindern eine liebevolle, wärmende und interessante Umwelt zu schaffen. Dabei sind wir längst von alten Zöpfen abgegangen, den Kindern „unsere Befehle aufzudrängen“. In unserer Einrichtung können die Kinder schöpferisch tätig sein; ihre Spiele und Materialien selbst wählen und so ihrer Phantasie freien Lauf lassen.

Leider nimmt die Tendenz, daß die Krippen als Aufbewahrungsanstalten da sind, in unserem Wohngebiet (für andere können wir oft sprechen) derart zu, daß uns oft der kalte Schauer überläuft: Eltern, die Urlaub, Haushaltstag oder schichtfrei haben, beelen sich morgens sehr, ihre Kinder in die Krippe zu bringen. War nicht mal die Rede von Wunschkindern?

Muttis, mit dem Geschwisterkind bezahlt krankgeschrieben, bringen die Kleinen früh schnell zu uns, damit zu Hause Ruhe ist. Ob da nicht am Ende der Krankschreibung auch ein paar Stunden fürs gesunde Kind übrig sind?

Schichtarbeitende Eltern und auch Normalschichtarbeitende lassen sich sehr, sehr viel Zeit beim Einkauf bis Stadtbümel, beim Saubermachen u. v. a. m. Ob vielleicht auch das Krippenkind

gern nach Hause möchte? Kinder, die keinen Haushaltstag gemeinsam mit den Eltern mehr kannten, wurden im November/Dezember 1989 urplötzlich damit beglückt. Und dann ging's auch noch auf große Reise - nach West-Berlin. Ist es nicht traurig, daß einige Eltern ihr Kind nur gegen D-Mark einmal aus der Krippe nahmen? Endlich kam von übergeordneter Stelle die Erlaubnis, daß wir die Babyjarmuttis ansprechen konnten: „Ihre Kinder bringen Sie bitte „nur“ noch von 7.30 bis 11.30 Uhr in die Einrichtung.“ Warum kommen nur die wenigsten Muttis von allein darauf?

Den von Frau Röhl genannten „Wohnungskoller“ haben all diese Eltern, die ihre eigenen Kinder in der Wohnung nicht ertragen und sie unnötig lange in der Krippe belassen. Die betroffenen Kinder sind die Leidtragenden, und wir füllen das von den Eltern geschaffene Emotionsvakuum dieser kleinen Schätze mit viel Liebe. Auch bei Personalausfall geht unseren Kleinen davon nichts verloren.

Sicher, in geordneten familiären Verhältnissen würde sich ein Kleinkind optimal entwickeln. Dessen sind wir sicher! Eine Krippe kann nie das Elternhaus ersetzen - sie kann es nur versuchen, und es wird nicht vollends gelingen. Obwohl: Manche Kinder sind bei uns besser aufgehoben als zu Hause!

Was nun volkswirtschaftlich günstiger ist, das zu beantworten sind wir nicht kompetent. Abschließend nur soviel an die Muttis bzw. an jene, die es noch werden:

Schreit nicht so laut nach Abschaffung der Krippen - wir haben es ja schon gehört! Überlegt genau, ob Ihr Eure Kinder auch wirklich zu Hause haben wollt!

KOLLEKTIV
DER KINDERKRIPPE
REITBAHNWEG
NEUBRANDENBURG

„Wir machen es ganz anders“

Stellungnahme zum Artikel „Vorposten der SED-PDS“ in: „Mecklenburger Aufbruch“ Nr. 2 vom 19. 1. 1990

Mit der Information der Leiterin der Pionierorganisation in Gadebusch: „Die Organisation wird weiter als ‚einheitliche Kinderbewegung‘ existieren“, können wir uns ganz und gar nicht identifizieren.

Wir, das sind Pionierleiter des Kreises Güstrow, die all ihre Kraft darin verwenden, Kinder in Zukunft vor politischem Mißbrauch zu bewahren.

Das heißt, wir sind größtenteils nicht parteilich gebunden. Für uns ist es wichtig, daß sich die Kinder frei entfalten können, ohne politisch bevormundet zu werden.

Wir arbeiten am Aufbau einer Kinderbewegung ohne Beitragspflicht und starre Verhaltensklauseln.

Bei unseren Vorhaben bauen wir auf die Unterstützung aller gesellschaftlichen Organisationen. Um dies abzusichern, wurde von uns am Freitag, dem 19. 1. 1990, zu einer Diskussionsrunde eingeladen, an der Vertreter verschiedener Parteien und Organisationen teilnahmen. Hier verständigten wir uns zu den Inhalten einer neuen Kinderbewegung.

Das Notwendigste ist uns die Arbeit mit den Kindern in Interessengruppen, denn die Kinder und ihre Interessen sind uns das Wichtigste.

INITIATIVGRUPPE
KINDERBEWEGUNG
GÜSTROW

Kontaktadresse: Grit Gürtler
Griesbachplatz 6, Güstrow 2600

Gesprächsforum Bildungsreform

Herzlich eingeladen werden kirchlich gebundene und interessierte Pädagoginnen und Pädagogen aus Mecklenburg zum 17. 2. 1990, 9 bis 10 Uhr, in das katechetische Aus- und Weiterbildungszentrum in 2750 Schwerin, Graf-Schack-Allee 8.

Es wird um Anmeldung beim Veranstaltungsort gebeten.

Herr, setze dem Überfluß Grenzen
und laß die Grenzen überflüssig werden.
Gib den Regierungen ein besseres Deutsch
und den Deutschen bessere Regierungen.
Schenke unseren Freunden mehr Wahrheit
und der Wahrheit mehr Freunde.
Bessere solche Beamte, die wohl tätig,
aber nicht wohlthätig sind,
und laß die, die rechtschaffen sind,
auch Recht schaffen.
Sorge dafür, daß wir alle in den Himmel kommen,
aber noch nicht gleich.

Aus der „Bergischen Volkszeitung“ von 1864/65

In alter Manier...

... hatten Schüler der unteren Jahrgänge den Aufruf „Für unser Land“ unterzeichnet - einige Schulen wiesen diesen verallgemeinernden Vorwurf zurück. Die Verallgemeinerung mag ungerichtet sein, aber es hat Schulen gegeben, in denen diese alte Manier Praxis war (ist?). Wollen wir hoffen, daß die Schule nun auch zu diesem Neuanfang findet!



Im Gespräch: Frau R. Marquardt, Herausgeberin „Aufbruch“ (rechts), Ministerpräsident Björn Engholm.

„Schnell zur Sache zu kommen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, die sich nicht an aktuellen Daten orientieren, an Wahlterminen zum Beispiel, sondern an den Sorgen und Bedürfnissen der Menschen.“ Diesen Wunsch hat Ministerpräsident Björn Engholm am 31. Januar 1990 an die Mitglieder des „Vorläufigen Regionalausschusses des Landes Schleswig-Holstein mit dem Bezirk Rostock und dem Bezirk Schwerin“ zu Beginn der konstituierenden Sitzung im Lübecker Rathaus gerichtet.

Bürofläche

in Schwerin für
Redaktion

MECKLENBURGER
AUFBRUCH

sofort gesucht

Zuschriften an: Regine Marquardt
Postfach 189 · Carlow 2371 · DDR



SOS – Schelfstadt ! Rette sie, wer kann !

Die Baupolitik der letzten Jahrzehnte hat viele Städte der DDR weitgehend ruiniert: Die Altstadtkerne verfallen in rasantem Tempo, ein Großteil der Bürger lebt heute in uniformen Neubaugebieten, denen meistens die erforderliche Infrastruktur fehlt und die deshalb nur als „Schlafstädte“ funktionieren.

Der Verlust kultureller Kontinuität führte einerseits zu Verlust an Heimatgefühl, andererseits schuf das Milieu der Neubaugebiete neue soziale Probleme. Diese Baupolitik fußte logisch auf der ideologischen Voraussetzung, daß alles Überkommene dem Neuen – Äußerung einer neuen Gesellschaft – zu weichen habe.

So wurden in den 60er und 70er Jahren städtebauliche Konzepte entwickelt, die für viele DDR-Städte den Abriß und dann den Neubau der Altstadtkerne vorsahen. Nur mangelnde ökonomische Kraft verhinderte die Realisierung dieser Absichten.

Heute, da man im Zuge der politischen „Wende“ sich eines Besseren besinnt, scheint die Zeit bereits ihr Wort gesprochen zu haben! Gibt es noch eine Chance, den in dieser Dimension drohenden Verlust an kulturhistorischen Werten in Grenzen zu halten? Wohl nur, wenn hier eine gesamtdeutsche Aufgabe erkannt und dementsprechend von beiden deutschen Seiten gehandelt wird. Natürlich wurde die gefährliche Entwicklung von Fachleuten schon lange erkannt. Aber sie schwiegen, entweder aus Opportunismus oder aus Resignation, oder aber ihr Wort wurde unterdrückt. Trotzdem engagierten sich in den letzten Jahren zunehmend Bürger für die Rettung ihrer Altstädte.

Die Ausstellung „Schwerin, Schelfstadt – Werte, Widersprüche, Alternativen“ entstand als Reaktion auf den gescheiterten Versuch engagierter Bürger, die Sprengung von Häusern in der Schelfstadt, einem barocken Altstadtteil Schwerins, zu verhindern. Der Abriß erfolgte im September 1988. Als Reaktion darauf und weitere geplante Flächenabrisse fanden sich im Herbst 1988 ca. 30 Architekten und Künstler zusammen. Mit der Darstellung der baulichen Entwicklungsproblematik des Altstadtbereiches „Schelfstadt“ wandten sie sich mit einer Ausstellung in Schwerin im April/Mai 1989 an die Bevölkerung und an die verantwortlichen Institutionen des Bauwesens.

Alternativen wurden aufgezeigt: Nicht Flächenabrisse und undifferenzierte Neubebauung in landesweit praktizierter Plattenbauweise bildete das geistige Konzept, sondern behutsame Stadterneuerung durch Werterhaltung, Rekonstruktion und punktuellen Neubau in den vorgegebenen Proportionen. Das Ergebnis der Ausstellung in Schwerin – ca. 10 000 Besucher – bestätigte ihre Aktualität. Das Werden der Ausstellung bis hin zur Eröffnung war ein komplizierter Prozeß, der vielfältigen Widerstand – nicht zuletzt von administrativer Seite – zu überwinden hatte.

Was hat sich bisher im Ergebnis der Ausstellung getan, wie geht es weiter, was tut noch?

Sichtbares erstes Resultat: Die Leitplanung für das Stadtgebiet wurde im Sinne einer behutsamen Stadterneuerung überarbeitet. – Doch gleichzeitig ging der Abriß wertvoller Altbausubstanz (Apothekerstra-

ße 17/18) trotz Bürgerprotestes weiter! Wiederverwendungsfähige Baumaterialien wurden verantwortungslos auf die Müllhalde gefahren! Freigezogene denkmalgeschützte Bauten (zum Beispiel Maternstraße 65) werden – weil nicht gesichert – demoliert!

Die Verantwortlichen sehen tatenlos zu, wie hier Gesetze gebrochen werden, und niemand wird zur Verantwortung gezogen! Notwendig ist aber eine radikale Wende auch in der Baupolitik. Der neue Bauminister hat dazu am 16. Januar 1990 in einer Beratung mit Vertretern von Bürgerinitiativen, auch der Schweriner, Standpunkte formuliert. Die Schelfstadt-Initiative hatte schon am 21. Dezember 1989 Vorschläge, die genau in dieselbe Richtung gehen, dem Schweriner Oberbürgermeister auf den Tisch gelegt. Dazu wurden Gespräche vereinbart, aber bis heute herrscht „Funkstille“ auf seiten der Rats der Stadt.

Was schlägt die Schelfstadt-Initiative detailliert in 12 Punkten vor? – Unter anderem – Baustopp für das Neubaugebiet Krebsförden und Erarbeitung eines neuen Wohnungsbauentwurfes, da das Sortiment (WBS 70 – Gasbeton) mangelhaft in Konstruktion ist, die städtebauliche Planung und Gestaltung des starren Sortimentes (Segmente, Geschosigkeit) kaum künftige Entwicklungsmöglichkeiten zuläßt, in Architektur und Städtebau infrastrukturelle Folgeschäden vorprogrammiert sind

– Unverzögerlicher Beginn der planmäßigen Veränderung des Produktionsprofils des Wohnungsbaukombinates in Richtung Werterhaltung, Rekonstruktion

– Sofortprogramm zur Kapazitätsaufstockung im Bauwesen (stimulierende Lohnpolitik, verstärkte Lehrlingsausbildung usw.)

– Förderung von Neugründungen kleiner und mittlerer Betriebe aller Eigentumsformen (für Baugewerbe, Baustoffwirtschaft, Bergung von Abrißmaterial, Bauprojektierung)

– Invest-Kooperationskonzept im grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr (mit Schwerpunkt Import von Baumaterial, Technik)

– Förderung von Privatinitiative bei der Erhaltung der Altbausubstanz (durch Vergenossenschaftlichung und Privatisierung von Gebäuden, Abschaffung von Quadratmeterbeschränkungen pro Person, Bereitstellung von Material und Krediten)

– Durchsetzung der Gesetzlichkeit (zum Beispiel Denkmalpflegegesetz, Abrißverordnung, Verordnung zur Baustoffbergung)

– Systematische Bausicherung leergezogener Häuser, um den Verfall aufzuhalten

– Erarbeitung einer Erhaltungskonzeption unter strikter Minimierung der Abrisse

– Einleitung einer neuen Kaderpolitik im Bauwesen; Ausschreibung leitender öffentlicher Funktionen.

Sachgespräche, Diskussionen, Entscheidungen zum Thema tun dringend not. Die Zeit ist knapp geworden!

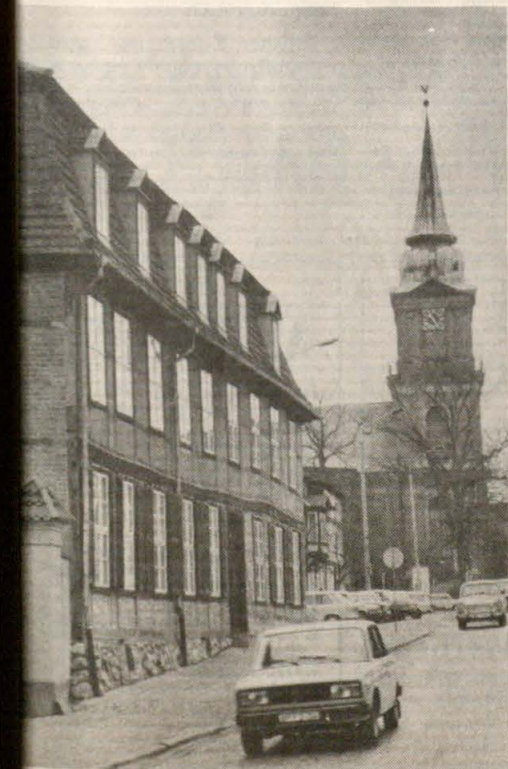
PS: Gegenwärtig wird die Schelfstadt-Ausstellung auf Wunsch in Ratzeburg gezeigt. Auch Lübeck und Rendsburg haben ihr Interesse an der Ausstellung angemeldet.

PETER VON HANSTEIN

FOTOS: H.-D. HENTSCHEL



Die Einfahrt zu den Galvanischen Werkstätten in der Puschkinstraße.



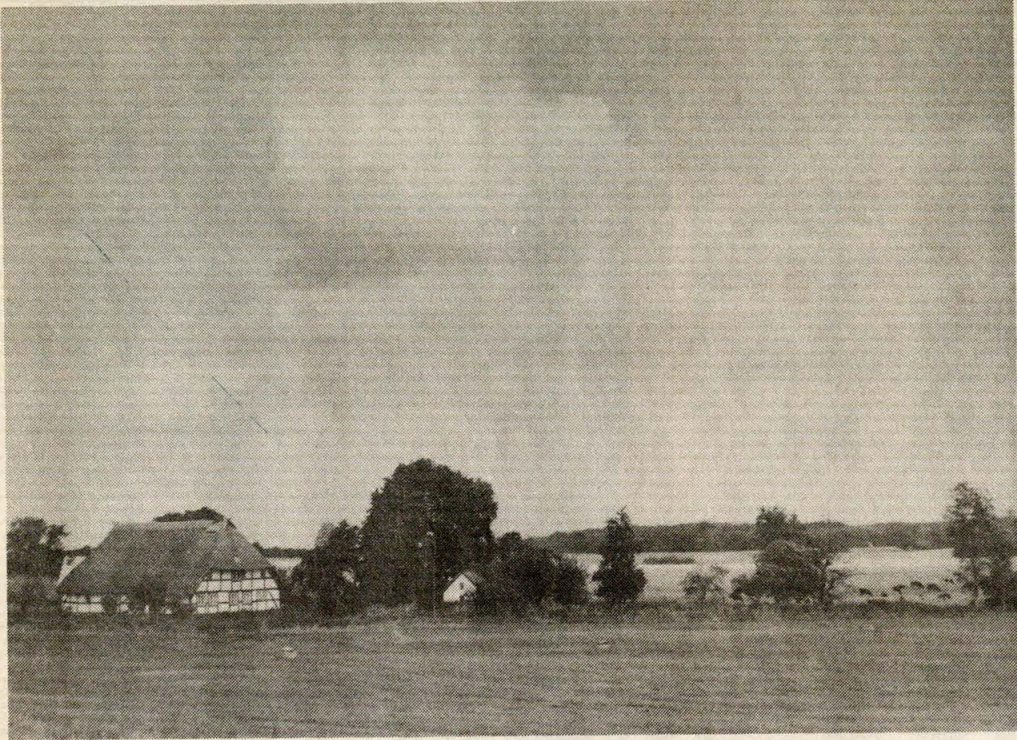
Ein Lichtblick oder nur ein Tropfen auf den heißen Stein in der Schelfstraße?



SOS-Schelfstadt. Welche Häuser sind überhaupt noch zu retten?



Aufschriften wie „Kunstdrechslerei Zettler“ lassen auf Traditionen schließen.



Serie: Bauen in Mecklenburg

Rohr- und Strohdächer

Auszüge aus „Buten un binnen“, Redakteur: Günter Ehrhardt

Die heute noch im ländlichen Raum des Nordens unserer Republik anzutreffenden Rohr- und Strohdächer sind Sachzeugen einer bis auf die Anfänge der Errichtung menschlicher Behausungen zurückreichenden Baukultur. Mag es an der etwas nachgehenden „Geschichtsuhr“ im alten Mecklenburg und/oder an der Bodenständigkeit des natürlichen Baustoffes liegen, daß trotz effektiver herstellbarer Dachdeckungen sich das Rohr- oder Strohdach bis in unsere Zeit gehalten hat.

Mit Stroh gedeckte Häuser sind heute kaum noch anzutreffen. Die

heutigen kurzhalbmigen Getreidearten und das durch den maschinellen Drusch zerschlagene Stroh sind für die Dachdeckung ungeeignet. Das Strohdach war in der Vergangenheit das „Arme-Leute-Dach“, da die Schilfrohrbestände Jahrhunderte in ritterlich/herzoglichem Besitz waren.

Heute wird ausschließlich Schilfrohr für die Weichdachdeckung verwendet.

Ein Rohrdach hat etwa die doppelte Nutzungsdauer wie ein Strohdach und ist wesentlich unempfindlicher gegen Ungeziefer. Die Instandsetzung und Rekon-

struktion der Rohr- und Strohdächer ist in gewissem Sinne auch eine denkmalpflegerische Aufgabe.

Das Interesse für das Rohrdach hat in den letzten Jahren zugenommen. Gründe sind unter anderem in gestiegenem Umweltbewußtsein zu sehen.

Die alten Bauernhäuser eignen sich hervorragend als kombinierte Wohn- und Arbeitsstätten.

Die rustikalen Rohrdächer sind das landschaftstypische Symbol der mecklenburgischen Region. Sie fügen sich harmonisch in die rauhe Küsten- und Seelandschaft des Nordens ein. WILLI RING

Sommer 1990

Zwei „Hilferufe“ erreichten uns. Die Briefeschreiber sind in großer Sorge um ihr noch heiles Stück Mecklenburg. Doch die Sommersaison '90 kommt und mit ihr viele Urlauber und Besucher. In diesem Jahr wird durch zusätzliche Besucher aus der BRD die Menschenansammlung ungeahnte Ausmaße annehmen.

Der Neustädter See ist mit einer der wenigen nährstoffarmen Seen der DDR. Die gute Wasserqualität zieht besonders im Sommer die Erholungssuchenden an. Jährlich genießen im Durchschnitt 220 000 Menschen dieses heile Stück Natur. Nun ist geplant, daß sich noch mehr Menschen hier erholen sollen. In der Konzeption wird die schrittweise Umgestaltung des Campingplatzes zu einem Inter-campingplatz beschrieben (25 neue Bungalows, 12 Finnhütten, ein Parkplatz für 275 Pkw und 50 Kräder, ein Autowaschplatz, mit Platten belegte Wege zu den Bungalows). Das alles in einem Landschaftsschutzgebiet! Verkauft das der See?

Vom Bezirk und vom Kreis liegen bereits Genehmigungen vor. Wer informierte und fragte die Neustädter Bürger?

Diese Konzeption war der Grund für eine ökologische Studie, die Dr. Doll im März 1989 vorlegte. In den letzten 10 Jahren hat sich die organische Belastung des Sees verdoppelt.

1970 gab es noch keine sommer-

liche Blüte des Sees durch Algenmassenentwicklung, seit 1984 blüht der See jährlich.

Wir sollten die Warnsignale der Natur nicht übersehen.

THORSTEN WICHMANN
Grüne Partei
Neustadt-Glewe

Die Ostseeküste sollte im Zusammenhang mit der Erfassung ökologisch stark geschädigter Gebiete der DDR auch vor der Zerstörung durch unkontrollierten Tourismus geschützt werden. Alljährlich wird unser Küstengebiet einschließlich der Insel Rügen, Hiddensee und der inneren Küstengebiete von einem Urlaubersansturm im wörtlichen Sinn überrollt. Weder Ver- noch Entsorgung sind ausreichend gesichert. Die Tourismus-Schädigung dieser Gebiete nimmt immer größere Ausmaße an.

Darum:
- Kontrolle aller Heimeinrichtungen hinsichtlich der Entsorgungsmöglichkeiten;
- Stimulierung des Interesses privater und gesellschaftlicher Haus-

besitzer an der Errichtung von Kläranlagen, vorrangig sollte das eine Aufgabe der Kommunen werden;

- Fahrverbot für Fremd-Kfz in den Urlaubsorten, Erweiterung des öffentlichen Verkehrsnetzes, damit die Menschen trotzdem beweglich bleiben;

Diese Liste ist unvollständig. Ziel muß für uns sein, sowohl die Interessen der hier lebenden Menschen zu vertreten als auch den vielen Bürgern aus industriell geschädigten Gebieten den Aufenthalt in (scheinbar) gesunder Umgebung zu ermöglichen.

Wer hilft mit?

CONSTANZE JUNKER
Baabe/Rügen

Diese Nummer

des „Mecklenburger Aufbruchs“ nun auch mit „Wortmeldungen“ aus Pommern, darüber sind wir froh! Es wird ein Land Mecklenburg geben, zu dem hoffentlich auch Vorpommern gehört! Es gibt doch keine Separatisten in unseren Tagen?

In der Hoffnung, daß nun viele Beiträge aus Vorpommern veröffentlicht werden können - in Zukunft: „Mecklenburger Aufbruch - Stimme unabhängige Zeitung in Mecklenburg und Vorpommern“?

Ein anderes soll nicht unerwähnt bleiben:

Diese Nummer wird wieder in Rendsburg gedruckt. Sobald im Schweriner Druckhaus die technischen Voraussetzungen geschaffen sind, das wird vermutlich dann der Fall sein, wenn die Besitzverhältnisse dieses Unternehmens geklärt sind, wird die Zeitung wieder in Schwerin gedruckt.

Ich will aber ausdrücklich betonen, daß die Mitarbeiter des Druckhauses bemüht waren, den Druck optimal zu realisieren. Dafür möchten wir danken! - Aber für die Produktion eines politischen Blattes ist es ausgesprochen problematisch, wenn es vier Tage dauert, bis es fertig ist. Und

Wir können sofort etwas tun

Vier Vorschläge, um Energie zu sparen

Die Energiesituation der DDR ist höchst angespannt. Die Luftverschmutzung im Süden nimmt eine höchst unrühmliche europäische Spitzenstellung ein, sie bedroht die Gesundheit der Menschen in akuter Weise. Die Sicherung der Energieversorgung und die Entlastung der Umwelt sind sofort und aus eigener Kraft möglich.

Die gestützten Energiepreise haben die DDR zum größten Energieverschwender Europas werden lassen. Der DDR-Bürger verbraucht pro Kopf - Industrie einbegriffen - ein Drittel mehr als ein Bundesbürger und doppelt soviel wie ein Schweizer oder Franzose.

Nutzt man die Energieträger mit höherem Wirkungsgrad, lassen sich in der DDR über 50 Prozent an Energie bei gleicher Leistung einsparen. Stromimporte und kosten- und energieintensiver Ausbau von Kernkraftwerken werden überflüssig.

Der Ausstoß von Schwefeldioxid und anderen Schadstoffen wird entsprechend gesenkt, denn wo weniger Kohle verbrannt werden muß, entsteht weniger Abgas.

Zur Realisierung schlagen wir ein Vier-Punkte-Programm vor:

1. Es ist eine mediengestützte, sofort beginnende und umfassende **Energiesparberatung** in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft durchzuführen. Die kritische Situation in Energiewirtschaft, Umwelt und Gesundheit ist für jeden Energieverbraucher offen dazulegen. Alle Energiesparmöglichkeiten sind anzubieten, eine Gewichtung ist vorzunehmen. Allein durch energiebewußtes Verhalten, also ohne Einsatz einfachster Energiespartechiken, sind bereits 10 Prozent Energie in den Haushalten einzusparen.

2. Die **Energiepreise** sind schnellstmöglich zu verändern, beginnend mit den Preisen für Elektroenergie. In kaum einem anderen Industrieland wird Energie so billig verschleudert wie in der DDR. Die Kilowattstunde Elektroenergie kostet den Normalverbraucher in der BRD rund 30 Pfennig, in Japan umgerechnet rund 40 Pfennig. Die wahren Herstellungskosten liegen auch in der DDR in dieser Größenordnung, wobei die

Umweltschäden noch nicht einmal mit auf der Rechnung stehen. Wir fordern eine Zurücknahme der Stützungen für alle Energieanwender, die Einführung realer Energiepreise sowie einen entsprechenden **finanziellen Ausgleich** in Höhe der durchschnittlichen Mehrkosten für alle Bürger. Energiesparen wird somit für jeden Energieverbraucher spürbar belohnt.

3. Es sind private und genossenschaftliche **Unternehmen zur Umsetzung von Energiesparmaßnahmen** zu gründen und steuerlich zu begünstigen. Die größten Einsparbeiträge liegen in der Wärmedämmung von Gebäuden und Kühlgeräten.

4. Nicht nur bei Energie an sich, auch bei energieintensiven Erzeugnissen wie Zement, Stahl, Fleisch und Brot müssen sich **im Preis die wahren Aufwendungen widerspiegeln**. Nur auf diesem Wege lassen sich Mißbrauch, Verschwendung und Ausverkauf durch offene Grenzen beschränken.

DR. MARIANNE DÖRFLER
DR. ERNST DÖRFLER



Zur Meldung einer Mecklenburgischen Volkspartei

Mit der „Meckelböberger Partei“ ist es ja nun leider schon wieder vorbei... Schade, daß war ne lustige Sache: Plattdeutsch als Meckelborgs Amtssprache! - Und so mancher Gauch freute sich auch; denn käm er vor ein Meckelböberger Gericht, nähn er unter Eid: Ich verstehe nicht... Ha! Dat gáb vielleicht ein Gemogel! - sprach die Ente, der Zeitungsvogel.

Kunsthandel - und was weiter?

Galeristenverband gegründet

Unser Kulturminister befürwortet privatisierte Strukturen der Kunstverteilung. Dabei soll „Spreu und Weizen“ nicht handverlesen, sondern mit dem Mähdrescher getrennt werden. Man hört glaubwürdige Nachrichten von Exklusivverträgen hiesiger Kollegen mit westdeutschen Kunsthändlern. Natürlich: keine Namen. Unsere Galerien und auch Ateliers werden von Personen durchstreift, die größere Bargeldbeträge mit sich führen. Selbst in der Preisdrückerei nicht verdächtigten Staatlichen Kunsthandel werden Einkäufe getätigt mit der offenkundigen Zielstellung, in der alsbald zu gründenden privaten Galerie über einen Warenstock zu verfügen. Jetzt werden wohl bald alle Schleusen offen sein. Preisverfall, kurzfristige Erfolgshascherei und nicht zuletzt unsolidarisches Verhalten gegenüber den westlichen Kollegen, die hart um ihre Existenz kämpfen, sind die Folge, wenn es nicht gelingt, die zu installierenden Marktmechanismen innerhalb einer insgesamt zu erneuernden Infrastruktur der Kunst-,verteilung“ zu begreifen. Dazu gehören nicht nur Privatgalerien, sondern auch demokratisch geteilte Kontrollmechanismen: eine unabhängige Kunstkritik, erhöhte Museumsetats und Aufkaufkommissionen, öffentliche und private Stiftungen mit Förderaufgaben, gemeinnützige Kunstvereine, ein demokratisches Wettbewerbsprinzip, juryfreie Ausstellungen, ein mit gewerkschaftlichem

Selbstverständnis ausgestatteter Verband etc.

Doch zur Zeit ist nur vom „Markt“ die Rede: Eine weit verbreitete Gründerzeitmentalität, die sich mit einer mediengenährten Hoffnung auf das schnelle, große Geld verbindet, läßt allerlei Sumpfbüthen blühen. Wer hörte nicht gern die atemberaubenden Auktionsergebnisse einiger weniger Werke. So werden Unmengen von „schwarzen“ blauen Scheinen aus Kellern und Gelassen geborgen und auf unseren Kunstmarkt geworfen. Als besonders subtiles System mit beschränktem Angebot ist er schon nahezu kollabiert. Der enorme Wechselkurs und die Geldvorräte haben ein Wertsystem entstehen lassen, das sich ausschließlich an den bisher bestehenden Verkaufschancen der Künstler im Westen orientiert. Zudem sind die Honorarordnungen auch als untere Sicherheitsgrenze der Majorität der Kunstlerschaft in Gefahr. Der Alltag des Kunsthandels außerhalb der Schlagzeilen wird wie der Alltag des Künstlers zu harter Arbeit geraten. Die kurze Verlockung des schnellen Verkaufs im Westen kann trügerisch sein.

Privater Kunsthandel wird in Zukunft hierzulande eine wichtige Rolle spielen. Er muß eine faire Chance der Entwicklung haben neben dem Staatlichen Kunsthandel mit seiner schon fest installierten Struktur.

MATTHIAS FLÜGGE

NEUES FORUM

Demokratie - ganz, aber wie?

Das NEUE FORUM sollte am 27./28. Januar nach vielen fleißigen Übungen an der Basis in Klausur gehen - das Thema hieß: Gründungsversammlung. Nebenbei bemerkt: „Klausur“ vor der Weltöffentlichkeit!

Ausländische Mentoren waren geladen. Die Anfangsstimmung war durch das Prüfungsfieber etwas verhalten.

Bereits bei der ersten Frage, nämlich dem Programm, wurde deutlich, daß die einzelnen Delegierten sich recht unterschiedlich vorbereitet hatten. Speziell zu den Themen „Frauen-, Wirtschafts- und Deutschlandpolitik“ gab es zwei gegensätzliche Standpunkte. Jede Gruppierung hielt natürlich ihre Lösung für die richtige. Volle Punktzahl erhielten diejenigen, welche auf die Notwendigkeit der breiten Plattform der Ideen, Meinungen und Möglichkeiten verwiesen - es war die Mehrheit.

Nach dem Streit über Programm und Personen wurde dann zügig weitergearbeitet und die Themen „Statut“ und „Landessprecherrat“ ohne Probleme bewältigt. Ob das NEUE FORUM die Prüfung nun bestanden hat, wird sich in zwei Wochen zeigen, dann will sich die „Minderheit“ über einen weiteren Verbleib im Forum einigen. Wichtig wäre es, zumal die nächsten Prüfungen auf dem Plan stehen: **IN 6 WOCHEN WIRD GEWÄHLT!**

U. K.

Vormerken!

Anti-KKW-Demo

am 11. 3. 1990 in Stendal-Niedergerne. Auskünfte: Grüne Partei Stendal, Am Markt 7

Hotel- und Gaststättenverband

Ende Februar ist die Gründung des Hotel- und Gaststättenverbandes an der Ostsee geplant. Kontaktadresse für Interessenten: Joachim Geburtig, Große Mönchstraße 9, 2500 Rostock

MECKLENBURGER AUFBRUCH

ist eine unabhängige Publikation, veröffentlicht unter der Lizenznummer 76.

Für die Redaktion zeichnet verantwortlich Regine Marquardt, Postfach 1 89, Carlow 2731

Satz und Druck: sh:z Druckzentrum

Verlag: Mecklenburger Verlag GmbH

Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Herausgeber decken. Aus redaktionellen Gründen werden ggf. Kürzungen vorgenommen.

Es wird um Verständnis gebeten, daß nicht jede Veröffentlichung kommt.

Fotos: S. 1: Rosenmüller; S. 2: Männel; Hauck; S. 3: Hauck; S. 4: Hauck; S. 5: Hentschel; S. 6: Hauck